



Kommunale Spitzenverbände Sachsen-Anhalt



Kommunale Spitzenverbände Sachsen-Anhalt

Herr Ausschussvorsitzenden
Dr. Falko Grube MdL
Ausschuss für Infrastruktur und Digitales
im Landtag des Landes Sachsen-Anhalt
Domplatz 6-9
39094 Magdeburg

Städte- und Gemeindebund
Sternstr. 3, 39104 Magdeburg

Telefon: 0391 5924-300
Telefax: 0391 5924-444
E-Mail: post@sgsa.info

Landkreistag
Albrechtstr. 7, 39104 Magdeburg
Postfach 3663, 39011 Magdeburg

Telefon: 0391 56531-0
Telefax: 0391 56531-90
E-Mail: verband@landkreistag-st.de

Gemeinsame Homepage
<https://www.kommunales-sachsen-anhalt.de>

Magdeburg, 3. September 2025

IT-Sicherheit in Sachsen-Anhalt **Selbstbefassung Fraktionen CDU, SPD und FDP - ADrs. 8/AID/68**

Bezug: Anhörung am 5. September 2025

Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,
sehr geehrter Herr Vorsitzender Dr. Grube,

für die Gelegenheit, zum Stand der IT-Sicherheit in Sachsen-Anhalt Stellung nehmen zu können, danken wir Ihnen.

Die Landkreise, Städte und Gemeinden in Sachsen-Anhalt bekennen sich klar zu ihrer Verantwortung, Informationssicherheit und IT-Sicherheit umfassend zu gewährleisten. Sie haben bereits wichtige Schritte unternommen und sind bereit, weitere Maßnahmen umzusetzen.

Informationssicherheit ist aus Sicht der kommunalen Ebene eine gesamtstaatliche Daueraufgabe, die nicht allein von den Kommunen gestemmt werden kann. Land und Bund sind gefordert, die Kommunen stärker einzubinden und ihnen dauerhaft die notwendigen finanziellen Mittel sowie fachliche Unterstützung bereitzustellen.

Informationssicherheit umfasst dabei den Schutz von Vertraulichkeit, Integrität und Verfügbarkeit sämtlicher Informationen, unabhängig davon, ob diese digital oder analog vorliegen. Damit geht sie deutlich über den engeren Bereich der IT-Sicherheit hinaus. Die kommunale Verwaltung trägt Verantwortung für eine Vielzahl kritischer Daten und Prozesse, etwa in den Bereichen Meldewesen, Sozialleistungen, Katastrophen-

schutz oder Gesundheitswesen. Ein Ausfall, Verlust oder Missbrauch dieser Informationen hätte unmittelbare Auswirkungen auf die Daseinsvorsorge, die Rechtssicherheit und nicht zuletzt auf das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die Verwaltung.

Die Herausforderungen sind vielfältig. Informationssicherheit betrifft nicht nur technische IT-Systeme, sondern ebenso organisatorische Abläufe, Archivbestände und Schnittstellen zwischen verschiedenen Fachbereichen und Fachanwendungen. Hinzu kommt eine wachsende Bedrohungslage.

Gleichzeitig stehen die Kommunen vor erheblichen strukturellen Schwierigkeiten: Es mangelt an qualifizierten Fachkräften, die Aufgaben von Informationssicherheitsbeauftragten oder IT-Sicherheitsfachleuten übernehmen können. Vor allem aber scheitern viele notwendige Maßnahmen an fehlenden finanziellen Mitteln. Zahlreiche Kommunen sind nicht in der Lage, die erforderlichen Investitionen in Managementsysteme, Notfallvorsorge, Schulungen oder moderne Sicherheitstechnik allein aus eigenen Haushaltsmitteln zu tragen. Förderprogramme von Land oder Bund sind oft zeitlich befristet, thematisch eingeschränkt oder decken nur Teilbereiche, wie z.B. das Gesundheitswesen ab.

Dies führt zum einen dazu, dass Insellösungen in einzelnen Fachgebieten entstehen, weil in diesen Fachgebieten aktuell ein Förderprogramm existiert, und zum anderen dazu, dass weitere Maßnahmen zwar geplant, aber nicht umgesetzt werden können, weil die finanziellen Möglichkeiten nicht ausreichend sind, um die gesamte Verwaltung auf ein einheitliches Niveau zu heben. Bereits bei kommunalpolitischen Diskussionen für oder gegen eine Maßnahme wird die angespannte Finanzlage der Kommunen deutlich. Kreistagsmitglieder, Stadt- oder Gemeinderäte müssen zwischen verschiedenen Ausgaben entscheiden. Nicht selten werden Investitionen in die IT-Sicherheit dann nachrangig bewertet.

Gleichwohl ist festzuhalten, dass zahlreiche Kommunen in Sachsen-Anhalt bereits erhebliche Anstrengungen unternommen haben, um die Informationssicherheit zu stärken. So wurden Informationssicherheitskonzepte entwickelt, Informationssicherheitsbeauftragte bestellt, moderne Sicherheitslösungen eingeführt, Notfall- und Backup-Strategien aufgebaut sowie Mitarbeiterschulungen und Sensibilisierungsprogramme etabliert. Die Kommunen nehmen den Schutz ihrer Daten und Systeme sehr ernst. Die Umsetzung bleibt jedoch häufig unvollständig oder kommt gar nicht über die Planungsphase hinaus, weil die erforderlichen Ressourcen fehlen.

Darüber hinaus wäre die gesetzliche Verpflichtung für einen zu definierenden Grundschutz hilfreich, um einen einheitlichen Mindeststandard zu etablieren, der nicht von der individuellen Bewertung der kommunalpolitischen Gremien abhängt. Ohne diese Unterstützung drohen trotz aller Anstrengungen Lücken im Schutz der Informationen, die mit kommunalen Haushaltsmitteln allein nicht geschlossen werden können. Diese Lücken stellen potentiell gefährliche Einfallstore auch für das Landesdatennetz dar.

Informationssicherheit ist unverzichtbar für die Funktionsfähigkeit der Verwaltung und das Vertrauen der Bevölkerung. Ihre nachhaltige Gewährleistung kann nur in enger und verlässlicher Zusammenarbeit zwischen Kommunen, Land und Bund erreicht werden. Dabei ist sicherzustellen, dass den Kommunen ausreichende finanzielle Ressourcen zur Verfügung stehen, um diese Aufgabe effektiv umsetzen zu können.

Für Rückfragen stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen



Inga Otte-Sonnenschein
Beigeordnete
Städte- und Gemeindebund
Sachsen-Anhalt



Prof. Dr. Ariane Berger
Geschäftsführendes
Präsidialmitglied
Landkreistag Sachsen-Anhalt